

tere 15 Regierungenwechsel statt, davon 10 infolge vorzeitiger Neuwahlen. Bis zum Mai dieses Jahres wurden in weiteren sieben kapitalistischen Staaten die Regierungen gewechselt. Im Jahre 1974 fand der erste Regierungsturz in der 107jährigen Geschichte Kanadas statt. Vorzeitige Neuwahlen, Regierungen, die sich nur auf knappe Mehrheiten im Parlament stützen können, wie in Großbritannien, der BRD, in Schweden, Kanada, Australien und anderen Ländern, oder die nur über eine Minderheit im Parlament verfügen — den extremsten Fall stellte Dänemark dar, deren im Dezember 1973 gebildete Regierung sich nur auf 22 von 176 Abgeordneten stützen konnte —, sowie unterschiedliche Mehrheiten in der ersten und zweiten Kammer, wie im Bundestag und im Bundesrat der BRD, sind deutliche Zeichen wachsender politischer Labilität. Audi die Tatsache, daß im Zusammenhang mit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise in Ländern wie Japan, Frankreich, Italien, Schweden und Israel jene Parteien, mit denen die Monopolbourgeoisie jahrzehntelang als Regierungsparteien gearbeitet hatte, die Mehrheit bei den Wahlen verloren, belegt dieses Umschlagen ökonomischer Krisen wie auch der Krisen in anderen gesellschaftlichen Bereichen in politische Instabilität.

Das bedeutet selbstverständlich nicht, daß es in diesem Verhältnis einen Automatismus gibt. Die Dialektik der Wechselbeziehungen von Ökonomie und Politik setzt eine relative Eigenständigkeit des Politischen voraus, die u. a. bewirkt, daß der politische Mechanismus der bürgerlichen Demokratie die sich aus der Verschärfung der ökonomischen und sozialen Widersprüche ergebenden Konflikte noch in einem begrenzten Maße auffangen kann.

Das bürgerlich-parlamentarische Wechselspiel von Regierung und Opposition, der Austausch einer abgenutzten Regierungspartei gegen eine scheinbar unverbrauchte andere bürgerliche oder reformistische Partei wird von den herrschenden Kräften als Methode des Auffangens der wachsenden Unzufriedenheit unter den Werktätigen gehandhabt. Allerdings haben die herrschenden Kräfte damit zunehmende Schwierigkeiten, da immer deutlicher wird, daß die Ersetzung einer Regierung durch eine andere, die allenfalls Nuancen ändert, aber keine grundsätzliche Alternative bietet, keinen Ausweg darstellt. Daher häufen sich in bisher nicht gekanntem Maße in den Äußerungen bürgerlicher Politiker und Ideologen auch die Worte von der „Handlungsunfähigkeit der Regierungen“, von der Unregierbarkeit der Demokratien“ und von der „Funktionsuntüchtigkeit der parlamentarischen Systeme“.<sup>4</sup>

Es handelt sich hierbei keineswegs nur um einen Zweckpessimismus, sondern um die sich im kapitalistischen Klassenbewußtsein auf seine Weise widerspiegelnde Tatsache, daß der politische Mechanismus der bürgerlichen Demokratie unter den Bedingungen der Verschärfung des Grundwiderspruchs der kapitalistischen Gesellschaft immer weniger in der Lage ist, die Klassenherrschaft der Monopolbourgeoisie zu sichern und den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß zu gewährleisten.

Als Reaktion auf die zunehmende Unfähigkeit, mit Hilfe des politischen Mechanismus der bürgerlichen Demokratie die ökonomischen und sozialen Prozesse unter Kontrolle zu halten, verstärkt die Monopolbourgeoisie den Ausbau des reaktionären Machtmechanismus offizieller, halb-offizieller und inoffizieller Verflechtungen zwischen den Monopolen und der imperialistischen Staatsmacht, der den traditionellen Mechanismus der bürgerlichen Demokratie mehr und mehr durchdringt und aushöhlt. Das zeigt sich besonders in der engen Verbindung der mächtigen Unternemmerverbände mit dem Staatsapparat, in der expansiven und aggressiven Einflußnahme der in allen imperialistischen Ländern existierenden Militär-Industrie-Komplexe auf die Organe des imperialistischen Staates und nicht zuletzt in dem Bestreben, militaristische sowie solche Formen und Methoden der staatsmonopolistischen Leitung der Wirtschaft, wie sie der Faschismus hervor-

gebracht hat, auf den Staatsapparat zu übertragen. Diese „Lösungen“ schaffen die Probleme für den Kapitalismus jedoch erst recht nicht aus der Welt. Sie vermehren vielmehr die tiefen Gegensätze zwischen der Herrschaft der Monopole und dem demokratischen Streben der Massen.

#### *Einfluß der sozialistischen Demokratie auf die Krise der bürgerlichen Demokratie*

Die ständige und sich zunehmend verstärkende Wirkung des Sozialismus als reale geschichtliche Alternative ist die entscheidende Herausforderung für den Kapitalismus, die auf alle Bereiche des kapitalistischen Systems und auf alle Fragen der Politik der imperialistischen Bourgeoisie einwirkt. Das trifft auch und besonders für die Fragen der Demokratie zu. Die Existenz und die Entfaltung der sozialistischen Demokratie stimuliert das Demokratiestreben der Massen in den kapitalistischen Ländern, wobei diese Wirkung, die bekanntlich unter den Bedingungen des sich verschärfenden ideologischen Klassenkampfes auftritt und ein Bestandteil dieses Kampfes ist, keineswegs gradlinig und widerspruchsfrei verläuft.

Die sozialistische Demokratie verwirklicht vom ersten Tage ihrer Existenz an, wozu die bürgerliche Demokratie in den Jahrhunderten ihres Bestehens nicht in der Lage war und was sie mit ihren „Spielregeln“, mit ihren Mechanismen und Institutionen gerade zu verhindern hat: die aktive und umfassende Teilnahme der Massen an der Leitung des Staates und der Gesellschaft.

Bürgerliche Ideologen und Politiker preisen die Traditionen der sog. westlichen Demokratien. Aber die grundlegende und niemals aufgegeben Tradition jeder bürgerlichen Demokratie ist es, den Volksmassen der kapitalistischen Länder, den werktätigen Klassen und Schichten, den Zugang zur politischen Macht zu verwehren. Keine der bürgerlichen Revolutionen, in deren Ergebnis als gewaltiger historischer Fortschritt der bürgerliche Staat, die bürgerliche Demokratie hervorgebracht wurden, konnte sich jemals die Aufgabe stellen, die Volksmassen in die Entscheidung über die Angelegenheiten des Staates und der Gesellschaft real einzubeziehen. Jener Artikel bürgerlicher Verfassungen, in dem erklärt wird, daß alle Staatsgewalt vom Volke ausgehe, bleibt stets ein Stück beschriebenes Papier, das die wirklichen Machtverhältnisse verdecken soll.

„Letzten Endes hat unsere Revolution“, so kennzeichnete Lenin dagegen die ersten Ergebnisse der Oktoberrevolution, „deshalb alle anderen Revolutionen weit hinter sich gelassen, weil sie durch die Sowjetmacht viele Millionen Menschen zur aktiven Teilnahme am staatlichen Aufbau herangezogen hat.“<sup>5</sup> Das ist der entscheidende Faktor der geschichtlichen Überlegenheit der sozialistischen Demokratie über die bürgerliche Demokratie. Der Sozialismus ist seinem Wesen nach demokratisch, weil er nicht existieren und sich nicht entfalten kann, ohne die Millionen werktätiger Menschen in die aktive politische Tätigkeit, in die Leitung des Staates und der Gesellschaft einzubeziehen. Die weitere Verwirklichung dieses Grundsatzes auf der jetzt erreichten Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung der Sowjetunion liegt auch dem Entwurf der neuen Verfassung der UdSSR zugrunde, dessen Haupttendenz „in der Erweiterung und Vertiefung der sozialistischen Demokratie besteht“.<sup>6</sup>

Die immer aktivere und umfassendere Einbeziehung der Massen in die Leitung des Staates und der Gesellschaft als Grundzug der Entwicklung der sozialistischen Demokratie vertieft das Dilemma der imperialistischen und sozialreformistischen Demokratieapostel. Ihre Demokratieverprechungen erweisen sich angesichts der realen Tatsachen staatsmonopolistischer Herrschaft als Täuschung. Ihr Spielraum für begrenzte Zugeständnisse an das Demokratiestreben und die sozialen Forderungen der Werktätigen ist in Anbetracht wachsender ökonomischer und